



AMERIKA/CHILE - Erzbischof von Santiago unterstützt Studentenproteste und Forderung nach kostenloser Bildung

Santiago (Fidesdienst) – Beim „Te Deum“ zum Fest der Unabhängigkeit am 18. September hatte Erzbischof Ricardo Ezzati von Santiago in einem beherzten Appell um die Wiederherstellung des Vertrauens im Land gebeten. „Es man kann nicht in einer Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit aufwachsen“, so der Erzbischof. „Es herrscht eine soziale und politische Hoffnungslosigkeit, die sich auch auf den Bereich des Bildungswesens und der Kultur auswirkt...Unabhängig davon, wer für die Bildung verantwortlich ist, ist diese ein öffentliches Gut, das Gesellschaft und Staat schützen müssen.... Wesentlich sind vor allem die Inhalte der Bildung und die Qualität der Lehrkräfte“.

Der Erzbischof äußerte sich in einem am 23. September von der Tageszeitung „Il Mercurio“ veröffentlichten Interview erneut zu diesen Themen. „Es ist falsch, anzunehmen, dass Menschen allein materielle Güter Menschen zufrieden machen“, so der Erzbischof, „Dies gilt auch für die Bildung. Wenn wir denken, dass Bildung allein Wissen bedeutet, liegen wir falsch. Denn der Mensch besteht nicht nur aus dem Kopf, er hat ein Herz und eine spirituelle und soziale Dimension... Wenn Jugendliche gegen Profit rebellieren, haben sie Recht. Im Bereich der Bildung wird eine wesentliche Dimension übersehen: sie muss kostenlos und selbstverständlich sein. Es geht dabei nicht nur um Kostenfreiheit, sondern um den Auftrag der Erziehung selbst. Sie tun gut daran, zu protestieren, denn die Bildung ist für viele der Kampf um bessere Noten geworden, damit sie einen Arbeitsplatz bekommen, während Bildung ein Ort der Freiheit sein sollte, wo der Dialog zwischen dem Dozenten und dem Studenten zum Wachstum der Integrität der Person beiträgt“.

Auf die Antwort nach Verbesserungsmöglichkeiten antwortet Erzbischof Ezzati: „Wir brauchen einen tief gehenden Dialog. Dabei müssen wir anerkennen, dass es viele wahre und richtige Elemente in der sozialen Bewegung gibt, abgesehen von der Gewalt, denn diese ist nicht akzeptierbar. Deshalb habe ich auch in meiner Predigt am 18. September betont, dass ein Dialog zwischen den sozialen Bewegungen und der Politik notwendig ist. Dies erfordert, dass man darüber nachdenkt, was Politik bedeutet. Die Politik darf die Erfahrung des alltäglichen Lebens nicht außer Acht lassen.“ (CE) (Fidesdienst, 26/09/2012)